



## Plenarprotokoll

### 8. Sitzung

Donnerstag, 9. Februar 2012

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches</b> .....	446	<b>S-Bahn: Wann handelt der Senat – und wahrt er die Entscheidungsrechte des Parlaments?</b> .....	449
<b>Aus der CDU-Fraktion ausgetretener und nunmehr fraktionsloser Abgeordneter Dirk Stettner</b> .....	446	Stefan Gelbhaar (GRÜNE) .....	449
<b>Vom Senat ernannte Staatssekretärin</b> .....	446	Bürgermeister Michael Müller .....	449
<b>Dank an den entpflichteten Staatssekretär</b> .....	446	Stefan Gelbhaar (GRÜNE) .....	450
<b>Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde</b> .....	446	Bürgermeister Michael Müller .....	450
<b>1 Mündliche Anfragen</b> .....	447	Jutta Matuschek (LINKE) .....	451
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Bürgermeister Michael Müller .....	451
<b>Ist die Kältehilfe gut aufgestellt?</b> .....	447	<b>Produktives Lernen an integrierten Sekundarschulen</b> .....	451
Ulker Radziwill (SPD) .....	447	Regina Kittler (LINKE) .....	451
<b>Angebote der Kältehilfe in Berlin</b> .....	447	Senatorin Sandra Scheeres .....	451
Joachim Krüger (CDU) .....	447	Özcan Mutlu (GRÜNE) .....	451
<b>Kältehilfe für Bedürftige</b> .....	447	Senatorin Sandra Scheeres .....	452
Elke Breitenbach (LINKE) .....	447	<b>Sittenwidriger Lohn in Berlin</b> .....	452
Senator Mario Czaja .....	447	Alexander Spies (PIRATEN) .....	452
Ulker Radziwill (SPD) .....	448	Senatorin Dilek Kolat .....	452
Senator Mario Czaja .....	448	Alexander Spies (PIRATEN) .....	453
Joachim Krüger (CDU) .....	449	Senatorin Dilek Kolat .....	453
Senator Mario Czaja .....	449	Sabine Bangert (GRÜNE) .....	453
Elke Breitenbach (LINKE) .....	449	Senatorin Dilek Kolat .....	453
Senator Mario Czaja .....	449	<b>Regelungen zur Belegungsbindung</b> .....	453
		Iris Spranger (SPD) .....	453
		Bürgermeister Michael Müller .....	453
		Iris Spranger (SPD) .....	454
		Bürgermeister Michael Müller .....	454
		Katrin Lompscher (LINKE) .....	454
		Bürgermeister Michael Müller .....	454

**Entschädigung wegen  
menschenunwürdiger Haftbedingungen** ..... 454

Sven Rissmann (CDU) .....	454
Senatorin Thomas Heilmann .....	455
Sven Kohlmeier (SPD) .....	455
Senatorin Thomas Heilmann .....	455

**Wie viele Gutachten braucht das ICC?** ..... 455

Andreas Otto (GRÜNE) .....	455
Senatorin Sybille von Obernitz .....	456
Andreas Otto (GRÜNE) .....	456
Senatorin Sybille von Obernitz .....	456
Daniel Buchholz (SPD) .....	456
Senatorin Sybille von Obernitz .....	457

**Elektronisches Hinweisgebersystem zur  
Korruptionsbekämpfung** ..... 457

Simon Weiß (PIRATEN) .....	457
Regierender Bürgermeister Klaus Wowerit .....	457

**Sanierung der Schwimmhalle  
Finckensteinallee** ..... 457

Peter Trapp (CDU) .....	457
Staatssekretär Andreas Statzkowski .....	458
Peter Trapp (CDU) .....	458
Staatssekretär Andreas Statzkowski .....	458
Dr. Gabriele Hiller (LINKE) .....	459
Staatssekretär Andreas Statzkowski .....	459

**Rettung des Schokoladen e. V.?** ..... 459

Katrin Schmidberger (GRÜNE) .....	459
Senator Dr. Ulrich Nußbaum .....	459
Katrin Schmidberger (GRÜNE) .....	460
Senator Dr. Ulrich Nußbaum .....	460
Christopher Lauer (PIRATEN) .....	460
Senator Dr. Ulrich Nußbaum .....	460

**2 Spontane Fragestunde** ..... 460

gemäß § 51 Abs. 7 der Geschäftsordnung  
des Abgeordnetenhauses von Berlin

**Probejahr am Gymnasium** ..... 460

Lars Oberg (SPD) .....	460
Senatorin Sandra Scheeres .....	461
Lars Oberg (SPD) .....	461
Senatorin Sandra Scheeres .....	461

**Probetrieb am Flughafen BER** ..... 461

Oliver Friederici (CDU) .....	461
Bürgermeister Michael Müller .....	461
Oliver Friederici (CDU) .....	461
Bürgermeister Michael Müller .....	462

**Wahlkampfveranstaltung am  
Brandenburger Tor** ..... 462

Dirk Behrendt (GRÜNE) .....	462
Regierender Bürgermeister Klaus Wowerit .....	462
Dirk Behrendt (GRÜNE) .....	462
Regierender Bürgermeister Klaus Wowerit .....	462

**Funkzellenabfrage** ..... 462

Dr. Klaus Lederer (LINKE) .....	462
Regierender Bürgermeister Klaus Wowerit .....	462
Dr. Klaus Lederer (LINKE) .....	463
Regierender Bürgermeister Klaus Wowerit .....	463

**Volksbegehren zur S-Bahn** ..... 463

Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN) .....	463
Bürgermeister Michael Müller .....	463
Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN) .....	464
Bürgermeister Michael Müller .....	464

**Abräumarbeiten auf der Trasse der  
Autobahnverlängerung** ..... 464

Jutta Matuschek (LINKE) .....	464
Bürgermeister Michael Müller .....	464
Jutta Matuschek (LINKE) .....	465
Bürgermeister Michael Müller .....	465

**Ausschreibung Polizeipräsident** ..... 465

Christopher Lauer (PIRATEN) .....	465
Senatorin Dilek Kolat .....	465
Christopher Lauer (PIRATEN) .....	465
Senatorin Dilek Kolat .....	466

**Numerus Clausus für die Gymnasien** ..... 466

Özcan Mutlu (GRÜNE) .....	466
Senatorin Sandra Scheeres .....	466
Özcan Mutlu (GRÜNE) .....	466
Senatorin Sandra Scheeres .....	466

**40 Stellen für Sicherungsverwahrte** ..... 467

Dirk Behrendt (GRÜNE) .....	467
Senatorin Thomas Heilmann .....	467
Dirk Behrendt (GRÜNE) .....	467
Senatorin Thomas Heilmann .....	467

**Anti-Counterfeiting Trade Agreement** ..... 467

Stefan Gelbhaar (GRÜNE) .....	467
Regierender Bürgermeister Klaus Wowerit .....	467

**(Bürgermeister Michael Müller)**

Wohnungen, die dem Belegungsbindungsgesetz unterliegen, grundsätzlich nur noch gegen Übergabe eines Wohnberechtigungsscheins überlassen werden. Damit wird dem öffentlichen Interesse an der Einhaltung der Belegungsbindung aufgrund des aktuellen Wohnungsmarktes Rechnung getragen. Die Wohnungen stehen somit wieder ausschließlich für Wohnungssuchende zur Verfügung, die aufgrund ihrer Einkünfte einen Wohnberechtigungsschein für eine in der Größe angemessene Wohnung erhalten. Insgesamt werden diesem wohnungssuchenden Personenkreis rund 63 000 Wohnungen bei den städtischen Gesellschaften und rund 22 000 Wohnungen bei den Wohnungsgenossenschaften wieder vollständig erschlossen. Damit sind dann auch wieder gleiche Zugangsvoraussetzungen wie bei den mit öffentlichen Mitteln geförderten Sozialwohnungen gegeben. Das heißt, es besteht eine Berlinweite Einheitlichkeit bei der Wohnraumvergabe von belegungsgebundenem Wohnraum.

Im Weiteren ist es ab dem 1. Mai 2012 auch so, dass im Westteil der Stadt die Überlassung der sogenannten Besetzungsrechtswohnungen im sozialen Wohnungsbau vorzunehmen sind. Dies sind Wohnungen, die Wohnungssuchenden mit besonderem Wohnbedarf vorbehalten sind. Im Westteil Berlins sind dies rund die Hälfte aller 150 000 Sozialmietwohnungen. Damit werden wieder zusätzlich rund 75 000 Wohnungen für die Versorgung von Wohnungssuchenden mit besonderem Wohnungsbedarf generiert. In begründeten Ausnahmefällen ist jedoch weiterhin auch eine Freistellung von der Belegungsbindung möglich. Diese Ausnahmen im Wege sogenannter Einzelfreistellung können künftig wieder bei den bezirklich zuständigen Stellen für Wohnungsfragen – meist sind dies wohl die Bürgerämter – beantragt werden.

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Frau Spranger, Sie haben eine Nachfrage. – Bitte schön!

**Iris Spranger (SPD):**

Sie haben zum Schluss gesagt, dass es Ausnahmefälle gibt. Weil es eine sehr strenge Regelung ist, frage ich Sie, ob Sie schon sagen können, was Ausnahmefälle wären, damit die Bürgerinnen und Bürger, die denken, dass sie eventuell doch die Möglichkeit haben, dort einzuziehen, das beim Bürgeramt beantragen können.

**Präsident Ralf Wieland:**

Bitte schön, Herr Senator!

**Bürgermeister Michael Müller** (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Frau Abgeordnete Spranger! Es kann nur dann der Fall sein, wenn eine Wohnung über einen längeren Zeitraum keinen Mieter findet, der diese Anforderungen erfüllt. Ich

finde es richtig, dass es dann eine Freistellung gibt. Wir wollen ja nicht dauerhaft Leerstand produzieren, sondern wollen, dass Wohnraum den Mieterinnen und Mietern zur Verfügung steht. Wir haben Kriterien dafür formuliert, welche Zielgruppen wir besonders in den Blick nehmen, damit sie eine adäquate Wohnung bekommen. Die Bedingungen habe ich eben genannt. Wenn wir für diese Wohnungen über einen längeren Zeitraum keine Mieterin oder keinen Mieter finden, dann ist es richtig, die Regelung zu öffnen. Aber es sollte wirklich von Fall zu Fall geprüft sein.

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Dann hat sich als nächste Frau Breitenbach gemeldet.

[Elke Breitenbach (LINKE): Nein, das war vorhin!]

– Ach so, dann kommt Frau Dr. Lompscher an die Reihe.  
– Bitte schön!

**Katrin Lompscher (LINKE):**

Ohne „Doktor“ bitte! – Vielen Dank! – Ich habe die Nachfrage, ob bei den derzeitigen Gesprächen mit den Wohnungsbaugesellschaften auch darüber gesprochen wird, das Verfahren für die Belegungsbindung, die in der Regel objektbezogen ist, zu flexibilisieren und zu entbürokratisieren, damit es keinen unnötigen Leerstand von Einzelobjekten gibt. Ist das Stichwort Quotierung auch Gegenstand Ihrer Gespräche?

**Präsident Ralf Wieland:**

Bitte schön, Herr Senator!

**Bürgermeister Michael Müller** (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Nein, bisher ist das nicht Gegenstand der Gespräche, die wir mit den Wohnungsbaugesellschaften führen. Ich nehme den Hinweis auf, ob das gegebenenfalls auch noch einmal geklärt werden sollte.

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank!

Wir kommen zur Frage Nr. 7, einer Frage des Kollegen Sven Rissmann von der CDU-Fraktion zum Thema

**Entschädigung wegen menschenunwürdiger Haftbedingungen**

– Bitte schön, Herr Kollege!

**Sven Rissmann (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

**(Sven Rissmann)**

1. Wie viele Häftlinge saßen in den Jahren 2010 und 2011 in der Justizvollzugsanstalt Tegel in Hafträumen, in denen der Strafvollzug wegen zu geringer Größe nach einem Urteil des Berliner Verfassungsgerichtshofs aus dem Jahre 2009 gegen die Menschenwürde verstößt, und wie viele Häftlinge sind es Anfang 2012?
2. Mit Entschädigungsforderungen in welcher Höhe rechnet der Senat seitens der betroffenen JVA-Insassen, und geht der Senat davon aus, dass in Zukunft weitere Ansprüche auf Entschädigung entstehen könnten?

**Präsident Ralf Wieland:**

Es antwortet Herr Senator Heilmann. – Bitte schön!

**Senator Thomas Heilmann** (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Abgeordneter Rissmann! Wir haben hier in der Tat ein Problem mit möglicherweise erheblichen Auswirkungen. Sie wissen, dass der Verfassungsgerichtshof am 3. November 2009 entschieden hat, dass die existierenden Hafträume verfassungswidrig sind. Dabei ging es nicht nur um die Größe der Räume, sondern etwa auch darum, dass das Fenster so weit oben ist, und die Häftlinge keinen Blick nach draußen haben.

Im Jahr 2010 hatten wir 952 Häftlinge, die unterschiedlich lange Zeiträume dort gesessen haben. Im Jahr 2011 ist die Zahl auf 819 nur geringfügig gesunken. Das ist die Gesamtzahl der Häftlinge, die innerhalb des gesamten Jahres dort gesessen haben. Gleichzeitig waren 249 Häftlinge zum Stichtag im Jahr 2010 in der Teilanstalt I, 108 im Folgejahr. Anfang dieses Jahres waren es nur noch zehn, und erst seit dem 6. Februar, also erst in meiner Amtszeit, liegt kein Häftling mehr in der Teilanstalt I.

Sie müssen allerdings wissen, dass in diesem Gebäude auch die sogenannte Dealerabschirmstation untergebracht ist. Das sind derzeit 13 Häftlinge, die dabei erwischt worden sind, wie sie Drogen in der Justizvollzugsanstalt gehandelt haben. Die werden dort abgeschirmt, bekommen aber zwei Räume. Es handelt sich damit um einen anderen Sachverhalt, den ich nicht weiter erläutern will, es sei denn, Sie fragen nach.

Zu den Entschädigungsforderungen kann man leider noch nicht so viel sagen. Es gibt erst 18 Urteile erster Instanz. Wir haben Klagen, die „nur“ 800 Euro betreffen, wir haben aber auch einen Ausreißer nach oben, da werden 307 000 Euro gefordert. In den erstinstanzlichen Urteilen ist nie der Kläger vollständig obsiegend gewesen noch der Senat unterlegen. Es waren immer vermittelnde Entscheidungen. Wir haben aber noch keine obergerichtli-

chen Entscheidungen. Es gibt auch ein paar sehr komplizierte Rechtsfragen. Deshalb kann man das Gesamtvolumen noch nicht absehen. Wir haben aber eine stark ansteigende Klagewelle. Allein in den letzten Tagen sind weitere 100 eingegangen, sodass wir mit Stand Ende Januar 600 anhängige Klagen haben.

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Eine Nachfrage vom Kollegen Rissmann? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Herr Kohlmeier an der Reihe.

**Sven Kohlmeier** (SPD):

Herzlichen Dank, Herr Präsident! – Herr Justizsenator Heilmann! Würden Sie mir zustimmen oder die Hoffnung mit mir teilen, dass mit der Eröffnung der Justizvollzugsanstalt Heidering das Problem der menschenunwürdigen Unterbringung in Tegel eigentlich gelöst sein sollte und losgelöst von den jetzt bestehenden Rechtsfragen solche Entschädigungszahlungen nicht mehr möglich sein dürften?

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Bitte, Herr Senator!

**Senator Thomas Heilmann** (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Ich stimme Ihnen zu, mit Heidering sollte das Problem endgültig gelöst sein. Das setzt natürlich voraus, dass die Prognosen über die künftige Anzahl von Häftlingen stimmen. Wie das mit Prognosen so ist, man darf sie nicht als Garantie ansehen, zumal deren Eintreffen von den Entscheidungen unabhängiger Richter abhängt und nicht von der Senatsverwaltung.

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Wir kommen zur nächsten Mündlichen Anfrage. Die stellt der Kollege Andreas Otto von der Fraktion der Grünen zum Thema

**Wie viele Gutachten braucht das ICC?**

– Bitte schön, Herr Kollege!

[Uwe Doering (LINKE): Interessante Frage!]

**Andreas Otto** (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Senator, wie ich annehme! Ich frage den Senat:

1. Wie viele Gutachten haben der Senat und/oder die Messe Berlin GmbH in den letzten zehn Jahren zur